

Resolution Umwelt und Energie

5

„[...] Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischen Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“
(Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

15

1. Die Ausgangslage: Energiehunger ohne Ende...

20 In Zeiten immer steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie. Der Einsatz konventioneller Energiegewinnungen – wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Kernenergie – hat folgenschwere Auswirkungen auf die Umwelt, wie die Klimaveränderung, der Treibhauseffekt, das Ozonloch und die Atomzwischenfälle und -katastrophen.

25

Der Energiehunger, bedingt durch den Einsatz von immer mehr Technologien in den Industriestaaten und dem Aufstiegsdrang vor allem der Mächte China und Indien, kann durch den Einsatz konventioneller Energiegewinnung nicht langfristig gedeckt werden.

30

Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Durch den stetigen Bevölkerungszuwachs weltweit, wird sich die Nachfrage nach Energie noch weiter vergrößern und den Zugriff auf unsere Energiereserven weiter verschärfen. Folglich werden die Preise für Rohstoffe und Energiereserven weiter ansteigen.

35

Die Atomenergie kann nicht die Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels sein. Genau so wie bei Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennstoffen angewiesen. Und diese stehen uns nicht ewig zur Verfügung. Zudem sorgen immer mehr Störfälle bei sicher geglaubten europäischen Kernkraftwerken für eine zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft.

40

Keine Lösung ist auch der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke. Bedingt durch ihre veraltete Technik genügen sie nicht mehr heutigen Sicherheitsstandards. Der Weiterbetrieb dient nicht dem Klimaschutz – wie es uns CDU weismachen möchte - sondern zum Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld für die Energieindustrie.

45

Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, die für Jahrtausende sicher gelagert werden müssen. Auch die Entsorgung und die Endlagerung von Brennstoffen aus der Kerntechnik ist noch längst nicht geklärt.

50

2. Lösungen sind gefragt!

55 Es kann nur drei Lösungen geben, um unsere Energieversorgung zukunftsfähig zu gestalten:

1. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Ein Großteil der zu Hause genutzten Energie ist Wärmeenergie. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent

davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

5

2. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind-, Wasser- und Solarkraft zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Bereits heute tragen sie etwa 12 Prozent zur Stromversorgung bei. Bereits im Jahre 2020 soll deren Anteil auf über 20 Prozent aufgebaut werden – mit steigender Tendenz.

10

15

3. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden zu investieren. So lässt sich Energie Ressourcen schonender erzeugen und die Umwelt durch niedrigere CO₂-Emissionen schonen.

20

Alle drei Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

3. Ökologisch weiter- denken

25

Der Markt der erneuerbaren Energien verbindet ökonomische und ökologische Herausforderungen und wird die Zukunft der Industriestaaten mitprägen.

Wer in Energie- und Umwelttechnologien investiert, der gestaltet dauerhaft Arbeitsplätze und sichert Zukunft – ökonomisch, ökologisch und sozial. Energie- und Umwelttechnologien sind Innovationsmotoren und Impulsgeber für Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Hierbei sind unter anderem folgende Schlüsselsektoren zu fördern:

30

- **Energieerzeugungs- und Kraftwerktechnologien**, um neue Formen der Energiegewinnung zu erforschen und um den CO₂-Ausstoß weiter zu senken
- **Energieeffizienztechnologien**, um Rohstoffe zu sparen
- **Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien**, um durch Recycling gewonnene „Sekundärrohstoffe“ zu nutzen
- **Mobilitäts- und Verkehrstechnologien**, um neue Kraftstoffe und neue Antriebe zu entwickeln
- **Wasser- und Abwassertechnologien**, um das immer knapper werdende Trinkwasser sparsamer einzusetzen

35

40

4. CDU-FDP: Politik gegen Umwelt und Natur

45

Nun hat auch die CDU in Niedersachsen die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen Energie- und Umwelttechnologien erkannt und lobend begleitet. Doch anstatt die Energiekonzerne zu überzeugen, in neue Energietechnologien zu investieren, sieht sie sich als Interessensvertreter, den Einsatz konventioneller Energiegewinnungen zu nutzen – sei es die Verbrennung fossiler Rohstoffe und vor allem die Atomkraft. Worum es aber geht, hat sie nicht begriffen, nämlich die Klärung der Energiefrage der Menschheit. Das kann sie aber auch als Lobbyist der großen Energiekonzerne nicht erkennen!

50

Dies wäre nur halb so schlimm, wäre da nicht der Landesminister „Gegen Umwelt und Natur“ Sander von der FDP, der seinen Arbeitsauftrag nicht verstanden hat. Anstatt die Umwelt in Niedersachsen zu schützen, wird die Reihe von Untaten seiner so genannten Umweltpolitik Monat für Monat länger. Schlimmste Beispiele sind hier die Zerschlagung der gut funktionierenden Umweltverwaltung im Land und die Kürzung der Förderung für alternative Energien.

55

Und das jüngste Ereignis: Im November 2006 hatte er eigenhändig zur Motorsäge gegriffen und im geschützten Biosphärenreservat Elbtalau eine Weide und Pappeln beschnitten. Das rechtfertigte der Minister als notwendige "Entbuschung" zum Hochwasserschutz. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen europäische Naturschutzvorschriften ein.

5. das Problem: Atomkraft und Atomendlager...

5.1 Atomkraft: Nein Danke!

Aufgabe der Jusos muss es sein, die SPD weiter zu drängen, eine umweltpolitische Führungsrolle in Deutschland einzunehmen und die ökologische Modernisierung Deutschlands fortzusetzen und zu verstärken.

Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

Des Weiteren müssen wir die Auseinandersetzung mit dem nationalen Konzept der unumkehrbaren, nicht-rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle suchen. Dies könnte zu einer Atomaren Verseuchung unseres Grundwassers in unsicheren Endlagern – vor allem in unserer Region – führen.

5.2 Unsichere Atommüllendlagerung – wir brauchen neue Lösungen!

Im so genannten Forschungsbergwerk „Asse II“ werden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver und chemisch-toxischer Abfälle in Salzformationen durchgeführt. Bis 2017 soll die Schließung der Schachanlage nach Bundesberggesetz vollzogen sein. Dies reicht uns Jusos nicht, denn nach diversen Wassereintrüben in den trocken geglaubten Salzstollen ist die Gefahr einer radioaktiven und toxischen Verseuchung nicht ausgeschlossen. Viele Fässer sind Beschädigt oder rosten vor sich hin, so dass die Gefahr besteht, dass deren Inhalt mit dem Grundwasser in Berührung kommt. Deshalb fordern wir Jusos in Braunschweig eine Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle.

Das Atom-Zwischenlager „Gorleben“ ist auf seine Daseinsberechtigung hin zu überprüfen. Es stellt durch seine oberirdische Lagerung von Castoren ein gewaltiges Risiko dar. Ein Schutz vor Flugzeug abstürzen ist nicht gegeben.

Zudem ist „Gorleben“ als geplantes Atomendlager im Gespräch. Dort sollen in den ehemaligen Salzstollen hochradioaktive Abfälle gelagert werden. Dies lehnen wir ab. Auch hier ist es mehrmals zu Wassereintrüben in den trocken geglaubten Salzstollen gekommen.

Gerade die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) verdeutlicht die Problematik. Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk war bislang das einzige Endlager für radioaktive Abfälle, das in Deutschland nach dem Atomgesetz betrieben wurde. Ausgewählt und genehmigt von den zuständigen DDR-Behörden, ging die Zuständigkeit nach der Wiedervereinigung auf den Bund über.

Insgesamt wurden bis zur Beendigung des Einlagerungsbetriebs im Jahr 1998 (einschließlich des Zeitraums vor der Wiedervereinigung) rund 37.000 m³ radioaktiver Abfälle in Morsleben eingelagert. Von 1971 bis 1991 wurden dort schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert, von 1994 bis 1998 22.000 m³ Atommüll.

Das unterirdische Lager ist jedoch unsicher: Trotz der Gefahren von Wassereintrüben oder Deckeneinstürzen wurde bis 1998 Atommüll in Morsleben eingelagert. Im Jahre 2001 stürzte ein 4000 Tonnen schwerer Salzbrocken von einer Decke. Um weitere Einstürze zu vermeiden, wurden bereits mehrere Hohlräume mit Beton verfüllt.

Die Einlagerung in Morsleben wurde 1998 beendet. Im April 2001 hat das BfS schließlich auf die Genehmigung zur Einlagerung von atomaren Abfällen unwiderruflich verzichtet.

Bei der Stilllegung soll das ERAM so verschlossen werden, dass Lösungszutritte in die Einlagerungsbereiche und Schadstoffaustritte aus den Grubengebäuden verhindert werden. Nach einer Umrüstphase von etwa einem Jahr könnte dann 2009 mit der endgültigen Verfüllung und Verschließung des Endlagers begonnen werden. Die Dauer dieser Maßnahmen wird auf circa 15 Jahre kalkuliert, so dass bis 2024 die Stilllegung des ERAM abgeschlossen sein könnte. Die Kosten sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Eine Rückholung des Atommülls ist nicht geplant.

Des weiteren müssen wir Jusos weiter auf die SPD einwirken, die Inbetriebnahme des geplanten Atom-Endlagers „Schacht Konrad“ mit allen Mitteln zu verhindern. Dort soll im stillgelegten Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle gehören zu dieser Kategorie.

- Aus diesen Gründen fordern wir Jusos in Braunschweig die Bundesregierung auf
1. die Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht und eine schnelle Rückholung der Abfälle voran zu treiben
 2. eine Atommüllendlagersuche in ganz Deutschland durchzuführen. Zwischenfälle in allen niedersächsischen vorhandenen und geplanten Lager zeigen, dass diese nicht sicher sind. Hierzu sind die Kriterien für Atommüllendlager konkreter zu beschreiben.
 3. das Atomrecht für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.
 4. dafür zu sorgen, dass Atommüll in einer Form gelagert wird, dass eine Rückholung auch zukünftig gewährleistet wird.

Hier setzen wir unsere Hoffnungen in den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, mit dem wir Jusos gemeinsam in den Landtagswahlkampf 2003 in Niedersachsen gezogen sind, um ein „Atom-Klo Niedersachsen“ zu verhindern.

